

Der Krieg spaltet die Klassenzimmer

Jugendliche wollen über den Gazakrieg reden. Lehrkräfte setzen der Vereinfachung in sozialen Medien etwas entgegen.

 *Peter Johannes Meier*

Diese Frage stellten Schülerinnen und Schüler der Kanti Baden gleich mehrmals: «Beginnt jetzt der dritte Weltkrieg?» Für Geschichtslehrerin Ariane Knüsel war kurz nach dem Ausbruch des Israel-Gaza-Kriegs klar, dass sie im Unterricht dafür Raum schaffen musste. «Was dort seit dem 7. Oktober geschehen ist, wühlt die Jugendlichen auf.»

Zuerst das Massaker der Hamas mit rund 1200 Opfern, die Geiselnahmen, dann die Bombardierung von Gaza durch die israelische Armee mit über 20'000 Toten. «Die Jugendlichen wollen darüber reden. Sie sehen schreckliche Videos auf Social-Media-Kanälen wie Tiktok oder Telegram. Und sie suchen nach Erklärungen, warum das alles geschieht.»

Der Druck, Position zu beziehen

Die Jugendlichen sind einem Druck ausgesetzt, der sozialen Medien eigen ist: Die Videos drängen dazu, sofort Position zu beziehen. Für Israel, weil die Gräueltaten an der Zivilbevölkerung so abscheulich sind. Für die Palästinenser, weil tote Kinder und zerbombte Städte die Vorstellung von Selbstverteidigung sprengen. Eine Einbettung der Geschehnisse findet kaum statt, Leid und Schrecken stehen für sich.

«Es sind deutlich mehr Videos im Umlauf, die Solidaritätsgefühle mit den Palästinensern wecken», sagt Knüsel. Das habe auch mit der Entwicklung

des Kriegs zu tun, der immer neues Bildmaterial aus dem Gazastreifen hervorbringe.

Der Überfall der Hamas dauerte dagegen einen Tag. Es gab nur wenige Bilder. «Ich habe auch den Eindruck, dass das Verständnis für die Situation Israels in einem akademischen Umfeld etwas ausgeprägter ist als bei denen, die sich primär über soziale Medien informieren», so Knüsel.

Kein Streit, keine Provokationen

Im Unterricht versuchte sie, die Jugendlichen bei ihren Emotionen abzuholen. «Ich setzte dann aber auf einen eher nüchternen und sachlichen Unterricht, der anhand von Quellen die Geschichte der Juden, der Palästinenser, des Staates Israel, aber auch die Sprengkraft des Konflikts thematisiert. Der reicht ja weit über die Region hinaus.» Dazu gehöre auch der zunehmende Antisemitismus in der Schweiz. Der Unterricht sei erfreulich gewesen, alle Klassen hätten sich auf das Thema eingelassen.

Es habe weder Streitereien noch antisemitische oder islamfeindliche Provokationen gegeben, die den Unterricht blockierten. Etwas anderes stimmt Knüsel nachdenklich: «Viele Schülerinnen und Schüler wussten kaum etwas über die Hintergründe des Konflikts. Besonders diejenigen nicht, die in einem traditionell schweizerischen Milieu aufgewachsen sind. Offenbar war hier der Nahostkonflikt in den vergangenen Jahren kaum ein Thema. Im Unterricht war das oft erst vor der Matura eingeplant.»

Mehr Meinung bei migrantischem Hintergrund

Anders die Jugendlichen mit einem arabischen oder islamischen Migrationshintergrund. Sie wüssten viel mehr über die Geschichte und hätten eine sehr klare Meinung dazu. «Sie beruht allerdings oft auf einseitigen Erzählungen. Darin ist Israel Besatzungsmacht und eine Bedrohung für den ganzen Nahen Osten, ein klares Feindbild.» In einzelnen Klassen sei es darum vorgekommen, dass jemand das Zimmer kurz verlassen wollte, weil das Thema zu sehr aufwühlte und zu viele Emotionen schürte. Der Nahostkonflikt kann sehr nah sein.

Rémy Kauffmann, auch er Geschichtslehrer an der Kanti Baden, hat die Meinungsbildung im Unterricht thematisiert. Anhand einer Karikatur

mussten die Schülerinnen und Schüler reflektieren, wie schnell man Stereotypen anheimfällt, wenn man sich seine Meinung über soziale Medien bildet. Die Karikatur zeigt einen dümmlich-ignoranten Menschen, der auf dem Smartphone zwischen den Knöpfen Antisemitismus und Islamophobie entscheiden soll. «Wir haben uns mit Algorithmen auseinandergesetzt, die schnell in eine Bubble leiten, wo Vorurteile bestätigt, aber kaum reflektiert werden», sagt Kauffmann.

Andere Regionen, andere Quellen

Die Jugendlichen haben auch Wikipedia-Einträge aus verschiedenen Ländern verglichen. Es zeigte sich, wie unterschiedlich die Einordnungen je nach Region sind – und dass auf ganz andere Quellen verwiesen wird.

«Wir konnten so aufzeigen, wie wichtig es ist, die eigenen Wahrnehmungen und Meinungen immer wieder zu hinterfragen und die Quellen dafür zu erkennen», sagt Kauffmann. «Ich war überrascht, mit welchem Enthusiasmus die Jugendlichen sich auf das so komplexe Thema eingelassen haben. Das ist nicht immer so im Geschichtsunterricht.»

Mit künstlicher Intelligenz nach Lösungen gesucht

Die Schülerinnen experimentierten auch mit künstlicher Intelligenz, mit der sie nach Lösungen für den Konflikt suchten. «Ziel war es immer, unterschiedlichste Perspektiven auf das Thema zu erkennen und nachzuvollziehen. Was ja nicht bedeutet, dass Einschätzungen und Ansichten auch geteilt werden müssen.»

Das Bedürfnis, Lösungen für Konflikte zu erkennen, sei bei Jugendlichen besonders stark ausgeprägt, stärker als in zuweilen desillusionierten älteren Generationen. Die Geschichtslehrer beschäftigten sich darum auch mit der Rolle internationaler Organisationen und Vereinbarungen, mit der Uno und dem Völkerrecht.

Eine harte Botschaft

«Die Jugendlichen mussten erkennen, dass der Einfluss der Uno auf Konflikte beschränkt ist, ja sogar an Bedeutung verloren hat», sagt Ariane Knüsel.

Tatsächlich dauerte es mehrere Wochen, bis der Uno-Sicherheitsrat eine Resolution verabschieden konnte. Und die Kriegsparteien berufen sich meist nur dann auf das Völkerrecht, wenn es ihnen gerade dienlich ist. Die Uno ist oft zerstritten, und ihre Erlasse werden dann als parteiisch diskreditiert oder ignoriert.

«Für die Jugendlichen ist das eine harte Botschaft. Der Nahostkonflikt ist ja nur ein Beispiel für das Versagen internationaler Bemühungen, existenzielle Probleme zu lösen», sagt Rémy Kauffmann. In grossen Fragen sei die Welt gespalten. Ein Ende des Ukrainekriegs ist nicht in Sicht, und der Welt droht auch noch eine Klimakatastrophe. Probleme, die ohne internationales Handeln unlösbar sind. Das beschäftigte die Jugendlichen enorm. «Es sind Lasten, die jüngere Generationen mittragen müssen. Und es kann nur gut sein, wenn sie sich früh und intensiv damit befassen. Die Schule kann hoffentlich dazu motivieren», sagt Ariane Knüsel.

Darf Politik ins Klassenzimmer?

Es ist den Lehrkräften überlassen, ob sie den Ukrainekrieg, den Nahostkonflikt oder eine historische Begebenheit im Unterricht behandeln. Ganz frei sind sie dabei allerdings nicht. Der Beutelsbacher Konsens – er wurde bereits in den 1970ern gefunden – gibt drei Richtlinien vor, die im Unterricht eingehalten werden sollen:

Das Indoktrinationsverbot untersagt es, den Schülerinnen und Schülern eine bestimmte Meinung aufzuzwingen. Lehrpersonen dürfen zwar ihre persönliche Meinung kundtun, diese aber nicht als Lehrmeinung darstellen. Das Kontroversprinzip soll den Schülerinnen und Schülern eine freie Meinungsbildung ermöglichen. Lehrpersonen müssen ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren, wenn das in Politik oder Wissenschaft ebenfalls der Fall ist. Das Gebot der Schülerorientierung soll die Jugendlichen altersgerecht in die Lage versetzen, eine politische Situation und eigene Interessenlagen zu analysieren.